

FDP- Fraktion



im Rat der Stadt Oberhausen

*Stellungnahme zum Haushalt 2011
und zum Haushaltssicherungskonzept*

Ratssitzung am 23. Mai 2011

Regina Boos, Stadtverordnete

FDP-Fraktionsgeschäftsführerin

Es gilt das gesprochene Wort

Rede zum Haushalt 2011

Ratssitzung am 23.05.2011

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

Oberhausen ist eine lebenswerte und liebenswerte Stadt.

Im Zuge des Strukturwandels der letzten Jahrzehnte hat sich unsere Stadt einige bemerkenswerte Beinamen erarbeitet:

Parkstadt Oberhausen,

familienfreundliche Stadt Oberhausen,

und den ambitionierten Titel „Gründer-City Oberhausen“.

Wenn man dann das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept liest, drängt sich der Eindruck auf, alle diese Attribute abschaffen zu wollen!

Die vielen Grünflächen in unserer Stadt schaffen vielen Menschen einen Ausgleich dafür, selbst keinen Garten zu haben. Kinder spielen im Grünen, Senioren genießen Ruhe und Natur.

Nun steht aber zu befürchten, dass die verminderte Pflege und die damit verbundene mangelhafte Sauberkeit von Plätzen und Parks eine zunehmende Verwahrlosung zur Folge haben kann. Es ist eine Binsenweisheit, dass einmal verunreinigte Flächen viel schneller als Müllplätze missbraucht werden als saubere. Ob man dann noch den erhofften Spareffekt bemerken kann, wenn sich der Pflegeaufwand deutlich erhöht, scheint mehr als fraglich.

Die Nutzbarkeit der Grünflächen für spielende Kinder zu erhalten erscheint besonders wichtig, zumal die Spielzeiten des Spielmobils eingeschränkt werden sollen. Dieser Sparvorschlag ist dem demographischen Wandel geschuldet, weil es ja zukünftig weniger Kinder in Oberhausen geben wird. Eben diesem Umstand geschuldet sollen auch vier weitere Schulen in Oberhausen geschlossen werden, drei Grund- und eine Hauptschule. Familienfreundlich ist das nicht. Genauso wie die geplante Wiedereinführung der Schulgrenzen. Aus Sicht des Kämmerers ist hier tatsächlich ein Sparvolumen zu realisieren, da ja Betriebskosten und Kosten für Ausstattung entfallen. Familienfreundlich aber wäre, die Schullandschaft mit Angebotsschulen zu bereichern und den Eltern die Wahl zu lassen, welche Schule für das eigene Kind als die richtige befunden wird. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Konkurrenz unter den Schulen eine deutliche Qualitätsverbesserung zur Folge hatte.

Angebotsschulen mit verschiedenen Schwerpunkten bereichern das Schulleben in Oberhausen. Natürlich entstehen erhöhte Ausstattungs- und Betriebskosten für den Schulträger jetzt - aber die Qualitätsverbesserung im Bildungssektor wird sich später doppelt und dreifach rentieren!

Kommen wir nun zum dritten Beinamen unserer Stadt: Gründer-City Oberhausen.

Wie die beiden vorhergenannten Attribute wird auch dieser im Haushaltssicherungskonzept völlig ignoriert.

Welcher investitionswillige Existenzgründer möchte in einer Stadt seine ersten Sporen verdienen, die Gewerbesteuer auf höchstem Niveau erhebt?

Gut, am Anfang mag das noch gehen. Aber ist die Existenzgründung

vollzogen und geglückt, orientieren sich die expansionswilligen Unternehmer lieber in die Nachbarstädte.

Der Grundsteuerhebesatz, der in zwei Stufen auf groteske Höhen geschraubt werden soll, trägt ebenfalls dazu bei, dass der Aufschwung Oberhausen bestenfalls streift. Das belegen bereits jetzt schon die Zahlen des Arbeitsmarktes:

In ganz Nordrhein-Westfalen, und speziell bei uns im Revier, sinken die Arbeitslosenzahlen - in Oberhausen herrscht Stagnation. Wenn die Wirtschaftslage in Oberhausen nachhaltig verbessert werden soll, müssen sich Arbeitgeber gerne in Oberhausen niederlassen.

Sie müssen ein günstiges Umfeld vorfinden, das sich aus moderaten Abgaben, guter Infrastruktur, kompetenten Arbeitnehmern, ausbildungswilligen und -fähigen Auszubildenden zusammensetzt.

Ebenso müssen auch Arbeitnehmer gerne in dieser Stadt wohnen. Und auch hier wirkt sich die Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes negativ aus. Denn natürlich trifft man mit dieser Erhöhung auch alle Mieter, die ihren Zins noch selbst aufbringen können sowie junge Familien mit Eigenheimwunsch.

Jede Anstrengung, die Lebensqualität in unserer Stadt zu verbessern, entlastet die Stadtkasse auf lange Sicht.

Gerade in diesem Bereich zeigt sich überdeutlich, dass Sparen nicht den weniger ausgegebenen Euro bedeutet, dass Sparen nicht „Kaputtsparen“

bedeuten darf.

Nachhaltiges und ganzheitliches Sparen bedeutet, vorausschauend die richtigen Weichen zu stellen:

Wer heute in der Kinder- Jugend- und Bildungspolitik spart, zahlt morgen ein Vielfaches drauf.

Wer heute Handwerk und Gewerbe vertreibt, hat morgen horrenden Transferleistungen zu leisten.

Wer heute Grünflächen und Parks vernachlässigt, hat morgen ein Stadtbild, das wenig einladend wirkt und das kaum jemand in seiner Freizeit aufsuchen möchte. Das gilt natürlich auch für die Stadtteilzentren und die Fußgängerzonen.

Bei Durchsicht des Haushaltssicherungskonzepts fallen viele Summen auf, die nicht aus einer Sparmaßnahme resultieren, sondern vielmehr aus einer Minderausgabe als Folge des prognostizierten Bevölkerungsrückgangs in Oberhausen in den nächsten Jahren.

Auch hier muss man dem Kämmerer Recht geben und zugestehen, dass darin ein gewisser Konsolidierungsbeitrag liegt.

Politisch gesehen muss die Bevölkerungsprognose andere Reaktionen auslösen.

Wichtig und richtig ist die Erkenntnis, dass das Durchschnittsalter der Oberhausener Einwohner steigen wird. Darauf zu achten ist die eine Sache.

Eine andere Sache ist, wie reagiert man auf den Bevölkerungsschwund

gerade im Bereich der 6- 18jährigen?

Es ergeben sich zwei Möglichkeiten.

Erstens, und dafür scheint sich Oberhausen entschieden zu haben, man nimmt das so hin und errechnet weiter seine Minderausgaben, oder zweitens, man versucht diesem Trend zu trotzen.

Geeignete Maßnahmen wären hier:

- Oberhausen hat eine vorbildliche Bildungslandschaft,
- Oberhausen bietet viele interessante Arbeitsplätze,
- Oberhausen zeichnet sich aus durch attraktive Freizeitangebote für Jung und Alt.

Es ist nicht hinnehmbar, dass die Lebensumstände der Oberhausener Bürgerinnen und Bürger stetig verschlechtert werden sollen, im Gegenzug aber die Belastungen steigen.

Sparen, wo es möglich ist, wird von uns gerne unterstützt.

So finden wir eine Reduzierung der drei Bürgerservice-Büros auf eins oder zwei theoretisch durchaus zumutbar, aber natürlich nur dann, wenn die jetzigen drei Stellen nicht voll ausgelastet sein sollten. Hier ist die Verwaltung gefragt, diesen Sachverhalt mit Zahlen zu hinterlegen.

Wir fordern nach wie vor die Wirtschaftlichkeitsprüfungen aller Gesellschaften mit städtischer Beteiligung. Hier sehen wir noch ein erhebliches Potential, Kosten zu reduzieren.

Diese Wirtschaftlichkeitsprüfungen müssen jährlich aktualisiert und neu bewertet werden.

Es darf nicht sein, dass Gebühren steigen, wenn nicht sichergestellt ist, dass alle Möglichkeiten der Optimierung und Effektivitätssteigerung in den jeweiligen Gesellschaften ausgeschöpft wurden.

Dem eigentlichen Haushalt werden wir, wie in den Vorjahren, und als Signal an das Land, zustimmen. Jedoch angesichts der Vielzahl der Maßnahmen die im Haushaltssicherungskonzept eine mögliche, in Wahrheit nur erhoffte, kurz wirksame Einnahmeverbesserung erbringen könnten, Oberhausener Bürgerinnen und Bürger aber nachhaltig in ihrer Lebensqualität einschränken, sehen wir uns gezwungen, diesem mit heißer Nadel gestricktem Konzept unsere Zustimmung zu verweigern.